

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8038/39
Telex: 888845 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB
zur Entwicklung in Afghanis-
tan: Der Weg zum Frieden
ist schwer zu ebnen.

Seite 1

Florian Gerster MdB resü-
miert eine Japan-Reise: Von
Perestroika haben wir noch
nichts bemerkt.

Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB
zur ökologisch-effektiven
Energieversorgung: Kohle im
Wärmemarkt?

Seite 5

Horst Sielaff MdB glossiert
eine Veranstaltung des Bundes
der Mitteldeutschen: „Miß
Germany“ als Visitenkarte.

Seite 6

44. Jahrgang / 14

19. Januar 1989

Der Weg zum Frieden ist schwer zu ebnen

Anmerkungen zur Entwicklung in Afghanistan

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zu-
sammenarbeit

Der vollständige Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanis-
tan bis zum 15. Februar 1989 soll termingerecht beendet wer-
den. Dies sagte der Kommandeur Generalleutnant Gromow in
einem Interview - eine Feststellung, die zu begrüßen ist, nachdem
der neue sowjetische Botschafter in Kabul und stellvertretende
Außenminister Woronzow die Einhaltung des im Genfer Afghani-
stan-Abkommen gesetzten Termins in letzter Zeit in Frage gestellt
hatte.

Während Moskau bis zum 15. August des letzten Jahres vertrags-
gemäß circa 50.000 Soldaten in ihre Heimat zurückbeordnete, machte
die UdSSR danach offenbar wenig Anstalten, die Räumung Afghani-
stans, die im Herbst mit der Begründung der „fortgesetzten Einmi-
schung Pakistans“ ausgesetzt worden war, zügig voranzutreiben.

Der anscheinend mit der Aussetzung des Truppenabzuges beabsich-
tigte Zeitgewinn hat das moskautreue Regime in Kabul letztlich
nicht festigen können. Es ist immer deutlicher geworden, daß Nadji-
bullah sich allein nicht behaupten kann. Vor diesem Hintergrund
ist zu sehen, daß der sowjetische Außenminister Kabul erneut die
„volle sowjetische Unterstützung“ zugesagt hat. Schewardnadse
machte dazu deutlich, daß Moskau die Bildung einer „repräsentativen
Regierung“ auf breiter Grundlage anstrebe, das heißt mit
Beteiligung der afghanischen Kommunisten. Um die Aushandlung
einer solchen politischen Lösung für das zukünftige Afghanistan
hatte sich jüngst Woronzow bereits bemüht.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kein Anzeiger-Einkauf
an werbliche Redaktionen
Reservieren Sie Platz



Indessen haben sowohl die im Iran lebenden afghanischen Widerständler wie auch die Siebener-Allianz in Peshawar klar gemacht, daß es keine Fortschritte geben kann, wenn Moskau an Nadjibullah festhält.

Die Mudjahedin lehnen eine Beteiligung des Kabuler Regimes an einer Übergangsregierung ab, sie wollen nicht mit Moskau verhandeln, solange die Truppen noch nicht abgezogen sind und die afghanischen Kommunisten noch unterstützt werden.

Der Weg für ein friedliches und selbstbestimmtes Afghanistan ist schwer zu ebnen. Der über neun Jahre währende Krieg hat das Land zerstört und Extreme gefördert. Niemand wird vorher sagen können, welche Kräfte sich nach dem Abzug der Soldaten aus der UdSSR durchsetzen werden, wie lange das Blutvergießen noch weitergeht. Der afghanische Widerstand ist seit langem gespalten. Wer dies beklagt, sollte allerdings nicht vergessen, daß die schwierige Lage in Afghanistan erst durch die völkerrechtswidrige Besetzung des Landes geschaffen wurde.

Keine Nation der Erde hat das Recht, sich mit Gewalt Einflußzonen außerhalb ihres eigenen Territoriums zu schaffen. Die UdSSR ist aufgefordert, ihre außenpolitische Perestroika, die Abschied nimmt von Krieg und militärischer Intervention als Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen, glaubwürdig in die Praxis umzusetzen und den Rückzug ihrer Soldaten aus Afghanistan vertragsgemäß zu Ende zu führen.

(-/19.1.1989/va-he/rs)

* * *

Von Perestroika haben wir noch nichts bemerkt

Einblicke in Japans Außen- und Sicherheitspolitik

Von Florian Gerster MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Ein politischer Besuch in Japan um die Jahreswende 1988/89 ist überschattet vom Todeskampf des Kaisers Hirohito. Dem ausländischen Gast wird angekündigt, daß im Falle des plötzlichen Todes des Tenno alles politische Leben zum Erliegen kommt und erst nach der Beerdigung wieder aufgenommen werden wird.

Eine Informationsreise mit sicherheitspolitischem Schwerpunkt macht darüber hinaus deutlich, daß in Japan die Uhren anders gehen als in Westeuropa. Neben den auffallenden Unterschieden in der politischen Kultur irritiert den bundesdeutschen Parlamentarier die starre und feindliche Grundhaltung aller japanischen Gesprächspartner gegenüber dem Nachbarn Sowjetunion. Japan fühlt sich unverändert bedroht und unterstellt Gorbatschow eine beschränkt nach Westeuropa gerichtete Entspannungs- und Werbeoffensive, während die Sowjetunion im pazifischen Raum unverändert eine Machtpolitik der Hochrüstung und Einschüchterung betreibt. An dieser Einschätzung könnte auch der Abzug der Mittelstreckenraketen aus dem östlichen Teil der Sowjetunion nichts ändern. In diese ängstlich-feindliche Einstellung gegenüber dem mächtigen Nachbarn mischt sich eine gewisse Arroganz. Die Sowjetunion werde Japan früher oder später brauchen - spätestens wenn sie Sibirien im großen Stil erschließen wolle. Dies versichern mir alle Gesprächspartner, darunter zwei parlamentarische Staatssekretäre, sowie führende Abgeordnete aller Fraktionen des japanischen Parlaments.

Eine große Rolle im Dauerkonflikt mit der Sowjetunion spielen die vier besetzten Kurilen-Inseln. Hier gibt es von sowjetischer Seite in jüngster Zeit Signale einer neuen Gesprächsbereitschaft, die durch den Besuch des sowjetischen Außenministers im Dezember in Tokio untermauert wurde. Eine Lösung des Territorialkonflikts wird durch das weltweit gültige Prinzip der Unveränderbarkeit der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Grenzen erschwert. Entspannung in den bilateralen Beziehungen ist auch wegen der veränderten Politik Moskaus gegenüber der amerikanischen Truppenpräsenz in und um Japan für die 90er Jahre nicht mehr ausgeschlossen: In der sowjetischen Hauptstadt beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß eine amerikanische Präsenz im westlichen Pazifik günstiger für sie ist als eine hochgerüstete japanische Militärmacht.

Die außen- und sicherheitspolitische Fixierung Japans auf die Vereinigten Staaten engt den Bewegungsspielraum des Inselreichs drastisch ein und ist mit der direkten Nachbarschaft zur Sowjetunion langfristig unvereinbar. Grundlage ist der 1951 abgeschlossene japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag. 55.000 US-Soldaten sind derzeit auf den japanischen Inseln stationiert. Seit den 70er Jahren zählt sich die asiatisch-pazifische Macht eindeutig zum westlichen Lager.

Die Beziehungen zu den USA sind nicht frei von Störungen, in erster Linie wegen des immensen japanischen Handelsbilanz-Überschusses. Aus der Sicht der Vereinigten Staaten gibt es einen Handlungsbedarf zur Verbesserung der Lastenverteilung (Burden-sharing) nicht nur im Atlantischen Bündnis, sondern auch im Verhältnis zu Tokio. Japan ist seit wenigen Jahren bereit, seine im Verhältnis zum Sozialprodukt geringen Verteidigungsausgaben über die magische Ein-Prozent-Grenze hinaus zu erhöhen und verstärkt direkte Ausgleichszahlungen für die Stationierung amerikanischer Soldaten zu leisten.

Nach NATO-Kriterien entsprechen die echten Militärausgaben Japans inzwischen einem Anteil von 1,5 Prozent am Bruttosozialprodukt gegenüber rund drei Prozent in der Bundesrepublik und unter sechs Prozent in den Vereinigten Staaten. Japan hat ein striktes Exportverbot für Rüstungsgüter jeglicher Art - einzige Ausnahme: technologische Innovationen für die Vereinigten Staaten, zum Beispiel im Rahmen des SDI-Projektes. Gleichzeitig leistet sich jedoch die japanische Volkswirtschaft eine teure Unabhängigkeit in der Produktion der Rüstungsgüter für den eigenen Bedarf, die zu 80 Prozent im Lande hergestellt werden.

In der Bundesrepublik Deutschland ist uns ein schwieriges Verhältnis der Gesellschaft zu den wieder aufgebauten eigenen Streitkräften nach dem Zusammenbruch des Zweiten Weltkrieges durchaus vertraut. In Japan jedoch ist die öffentliche Grundhaltung gegenüber den eigenen Streitkräften weitaus komplizierter. Artikel 9 der japanischen Verfassung schreibt den Verzicht auf Streitkräfte fest. In einer großzügigen Auslegung ist damit nach herrschender Mehrheitsmeinung die Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen vereinbar. Die 1954 aufgestellten japanischen Streitkräfte tragen deshalb den plakativen Titel „Selbstverteidigungsstreitkräfte“.

Zu den grundlegenden Prinzipien japanischer Landesverteidigung gehört der eindeutig defensive Charakter der eigenen Streitkräfte mit dem Verzicht auf offensiv einsetzbare Waffensysteme und der strikten Begrenzung des Streitkräfteumfangs auf das notwendige Mindestmaß der reinen Selbstverteidigung. Japan hat darüber hinaus auf Herstellung, Besitz und Lagerung von Nuklearwaffen verzichtet. Die Verteidigung beschränkt sich auf das eigene Hoheitsgebiet. Von den USA erwartet Japan erst dann Unterstützung, wenn es einer Aggression nicht mehr gewachsen sein sollte. Japan seinerseits ist nicht zur Verteidigung der Vereinigten Staaten verpflichtet: Die Verfassung schließt die Mitwirkung an einer kollektiven Verteidigung aus.

Ein Truppenbesuch bei der Fuji-Heeresschule am Fuße des malerischen Fudschijama bestärkte mich in dem Eindruck, daß in diesem selbstbewußten Land die Streitkräfte ein Randdasein führen. Sie sind ungeliebte Kinder des Nachkriegs-Japans, das im Unterschied zur Bundesrepublik nie versucht hat, seine Verstrickung in den Zweiten Weltkrieg und den Zusammenbruch aufzuarbeiten. Der japanische Staat hat auch keinen dem Konzept der „Inneren Führung“ der Bundeswehr vergleichbaren Versuch der Neubestimmung des Verhältnisses einer demokratischen Gesellschaft zu ihren Streitkräften unternommen. Die rund 250.000 japanischen Berufs- und Zeitsoldaten zeigen sich fast überhaupt nicht in der japanischen Öffentlichkeit: vom „Bürger in Uniform“ keine Spur!

Tokio zum Jahreswechsel 1988/89 - das ist auch die Regierung des Ministerpräsidenten Takeshita, die angesichts einer fast alle führenden Politiker betreffenden Korruptionsaffäre um ihr Überleben kämpft. Häufige Regierungswechsel sind in Japan nichts besonderes: Die „Stehzeit“ der Minister und Staatssekretäre ist außergewöhnlich kurz. Die Kontinuität der japanischen Politik wird durch eine hochqualifizierte und langlebige Administrations-Elite gewährleistet. Hohe Bürokraten sind deshalb im Außen- und Verteidigungsministerium vielfach die interessanteren Gesprächspartner. Parlamentsmandate wiederum werden von den führenden Politikern sehr lange gehalten und sogar auf die nächste Generation - in nahezu ausschließlich männlicher „Erbfolge“ - weitergegeben.

Angesichts eines jüngeren und westlich-demokratisch orientierten neuen japanischen Kaisers ist in der politischen Kultur Japans der Wandel zu spüren. So konnte es sich ein Bürgermeister der von einer Atombombe zerstörten Stadt Nagasaki sogar während des Todeskampfes des Tenno leisten, die Frage nach seiner persönlichen Schuld an Japans Beteiligung am Zweiten Weltkrieg zu stellen. Derselbe, inzwischen verstorbene Tenno hatte allerdings auch die Kraft, die bedingungslose Kapitulation Japans gegen Widerstände durchzusetzen. Japan ist anders - aber Berührungspunkte der deutschen und japanischen Politik finden sich zahlreich in Vergangenheit und Gegenwart.

(-/19.1.1989/vo-he/rs)

Kohle im Wärmemarkt?

Den heimische Energieträger wieder stärker nutzen

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Es mag für die Erzeuger und Verreiber von Energie schlecht sein, wenn der Wärmemarkt schrumpft. Volkswirtschaftlich, energiepolitisch und ökologisch ist es sinnvoll, wenn er das tut. Dieses sinnvolle Schrumpfen wird zu Recht vom Staat gefördert.

Die Kohle ist in den letzten Jahrzehnten der Energieträger gewesen, der am stärksten aus diesem Markt verdrängt worden ist, der ohnehin seine Wachstumsdynamik verloren hat.

Das hatte auch Nachteile zur Folge: Kohle ist eine hier verfügbare, heimische Energie und ihr Einsatz sichert Arbeitsplätze. Nicht nur deshalb sollte die Kohle ihren Platz im Wärmemarkt behalten und ausbauen.

Neue, umweltfreundliche Technologien und ihre Weiterentwicklung machen die Kohle im Wärmemarkt ökologisch verträglich. Die sinnvollste Form ihres Einsatzes ist immer noch die der Kraft-Wärme-Kopplung: Produktion von Strom und Nutzung der weiterhin im Übermaß anfallenden Abwärme zur Raumheizung und Substitution anderer fossiler Brennstoffe.

Mit Wirbelschichtfeuerung und anderer Technik kann die Kohle dabei auch sinnvoll in den Bereich kleiner Anlagen eindringen.

Den Weg, Kohle über die Stromheizung wieder in den Wärmemarkt bringen zu wollen, halte ich für falsch. Kohle per Draht ist vom energetischen Wirkungsgrad und der ökologischen Belastung her wesentlich schlechter als die Kraftwärmekoppelung. Das hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem Umweltgutachten 1987 noch einmal sehr deutlich gemacht - und gleichzeitig die Politik wegen ihres ungenügenden Einsatzes für diese ökologisch günstige Form der Energieerzeugung gerüffelt.

Wer für Stromheizungen wirbt, um die Kohle zu fördern, muß sich auch darüber klar sein, daß er zunächst einmal für andere wirbt: Die Energieversorgungsunternehmen geben an, noch immer über „Täler“ in der Grundlast zu verfügen, die mit Nachtstromheizungen gefüllt werden könnten. In der Grundlast wird Kohle jedoch kaum eingesetzt.

Wenn der Ausbau der Kraftwärmekoppelung zur Zeit von der Bundesregierung nicht ernsthaft gewollt und gefördert wird, wäre es dennoch langfristig für die Kohle ein Eigentor, auf die ökologisch und energetisch ungünstigere Stromheizung zu setzen. Wir werden aus ökologischen Gründen nicht umhin können, so wenig Raumwärme wie möglich (durch Wärmedämmung und energiegerechte Gestaltung der Gebäude) zu benötigen und so emissionsarm wie nur irgendmöglich zu produzieren. Das geht mit Kohle per Draht nicht.

(-/19.1.1989/vo-he/rs)

* * *

„Miß Germany“ als Visitenkarte

Zu einer Veranstaltung des Bundes der Mitteldeutschen im Durchgangslager Unna-Massen

Von Horst Sielaff MdB

Mitglied des Innerdeutschen Ausschusses des Deutschen Bundestages
Bundesvorsitzender des Zentralverbandes der Mittel- und Ostdeutschen (ZMO)

Die „Schönheit“ des Westens dürfen Aussiedler und Ausiedlerinnen schon in der drangvollen Enge des Durchgangslagers Unna-Massen kennenlernen. Der Bund der Mitteldeutschen schickt am heutigen Donnerstag als bundesrepublikanische Visitenkarte die neunzehnjährige „Miß Germany“ zur Begrüßung in das Durchgangslager, um den Menschen aus dem Osten schon hier wenigstens ein bißchen vom Strahlen der westdeutschen Republik vorzuführen.

Es paßt ins Konzept, daß „Miß Germany“ selbst erst vor knapp vier Jahren die DDR verlassen hat, also auch zu denen gehört, die sich bei uns eine neue Heimat suchen mußten. Der „Erfolg“ krönt nun ihr gelocktes Haupt.

Wie blitzschnell müssen da die zurückhaltenden, meist aus ländlichen Gegenden stammenden Ausiedlerinnen ihre vertrauten Kopftücher verschwinden lassen, sich in der Kunst des Schminkens und Ausstaffierens üben, damit sie sich in unsere Glitzerwelt einfügen können? Eine absonderliche, wenn nicht gar geschmacklose Art von Hilfestellung und Integrationsarbeit leistet der Bund der Mitteldeutschen mit diesem Auftritt.

Dies dient nur dazu, die Köpfe zu vernebeln, nicht aber, behutsam und verantwortungsbewußt Menschen mit so unterschiedlichen Mentalitäten, Traditionen und Wertvorstellungen aufeinanderzuführen. Nach dem amerikanischen Muster: vom Tellerwäscher zum Millionär oder der Moral des Aschenputtel-Märchens ist den Aussiedlerinnen und Aussiedlern gewiß nicht der Eintritt in unsere Gesellschaft zu erleichtern.

(-/19.1.1989/vc-he/rs)